

Das „Allheilmittel“ Schuldenbremse sachlich betrachtet.

von Norbert Gaßner

In der wirtschaftspolitischen Debatte steht die Schuldenbremse, die 2009 eingeführt wurde, oft im Zentrum der Diskussionen. Besonders die Oppositionsparteien, unterstützt von der FDP, preisen sie als Allheilmittel für eine solide Haushaltspolitik an. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass die Anwendung der Schuldenbremse in der aktuellen Situation nicht sinnvoll ist.

Mein Anliegen ist es, diese Problematik leicht verständlich darzustellen. Längere Zitate aus diversen Fachliteraturen habe ich mir deswegen gespart.

Was unterscheidet im Wesentlichen 2024 von 2009?

1. **Auswirkungen der COVID-19-Pandemie:** Die globale Gesundheitskrise hat massive wirtschaftliche Turbulenzen verursacht, die umfangreiche staatliche Investitionen erforderten, um die Folgen abzumildern.
2. **Dringlichkeit des Klimawandels:** Angesichts der Dringlichkeit des Klimawandels ist eine rasche Transformation hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft erforderlich, die erhebliche Investitionen in erneuerbare Energien erfordert.
3. **Flüchtlingssituation seit 2015:** Die Bewältigung der Flüchtlingskrise stellt eine Herausforderung dar, die leider langwierige europäische Lösungen erfordert.
4. **Ukrainekrieg mit folgenden Konsequenzen**
 - a. Zusätzlich, schwer zu bewältigender Flüchtlingszuwachs aus der Ukraine.
 - b. Finanzielle Hilfe für die Ukraine.
 - c. Militärische Unterstützung direkt und indirekt. (Die marode Bundeswehr wird noch mehr ausgeschlachtet, siehe Punkt 5.)
 - d. Im Rahmen der Energiewende sollten der Kohleausstieg und Atomausstieg stattfinden. Der Übergang zu erneuerbaren Energien sollte mit Gaskraftwerken überbrückt werden, welche weniger CO₂ ausstoßen als Kohle.
Durch Russlands Nutzung von Gas als politisches Druckmittel sind die Preise jedoch enorm gestiegen und Deutschland war gezwungen, sich andere Lieferanten zu suchen. Dies hat enorme Kosten verursacht.
Die bestehende Atomenergie hätte allerdings nur wenige Prozente geleistet und wäre keine Lösung gewesen. Sie ist auch viel zu teuer und macht abhängig von Uranlieferanten.
5. Die aufgegebene **Fähigkeit der Landesverteidigung** wird als politischer Fehler erkannt.
 - a. „Reparatur“ der ab 1990 bis zur Kriegsunfähigkeit abgerüsteten Bundeswehr. (Die Absicht war gut, die politische Einschätzung leichtfertig)
 - b. Aufrüstung der Bundeswehr bis zur „Kriegstüchtigkeit“.
 - c. Erhöhung des NATO-Beitrags (Trump lässt grüßen).

Das sind enorme Belastungen, die wir zusätzlich tragen müssen! Die genannten Punkte 2 bis 5 werden uns noch viele Jahre begleiten.

Die Opposition behauptet, dass unser Problem nicht in den Schulden, sondern in einer unsachgemäßen Verteilung der Einnahmen liegt. Das heißt doch im Klartext, dass die oben aufgeführten Belastungen woanders eingespart werden müssen, da sie neu hinzugekommen sind. Ein diskutierter Eingriff in das Bürgergeld, der als Lösung gepriesen wird, würde lediglich einen Bruchteil der benötigten Geldmenge bereitstellen.

In einer Entscheidung vom 19. Oktober 2019 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass

Kürzungen von über 30% (von damals Hartz 4) als Sanktion nicht rechtens sind. Der Spielraum für Einsparungen bei Sozialgeldern ist also sehr begrenzt.

Des Weiteren führt die Fixierung auf die Schuldenbremse zu einem Investitionsstau im öffentlichen Sektor. Infrastrukturprojekte, Bildungseinrichtungen und soziale Programme bleiben auf der Strecke, da die Regierung Angst vor einer Überschreitung der Schuldenbremse hat. Dies führt langfristig zu einer Schwächung des Wirtschaftswachstums und einer Verschlechterung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Die Opposition will den „Kaputtsparkurs“ der letzten Jahre fortführen. Das darf nicht sein, es besteht Handlungsbedarf:

1. Die marode Infrastruktur.

- a. Unsere Straßen, Brücken und Schienenwege befinden sich in einem desolaten Zustand. Dies führt zu erheblichen Verzögerungen im Güterverkehr und verursacht gestiegene Transportkosten für Unternehmen. Die resultierenden Staus und Verkehrsstörungen verursachen jährlich erhebliche Kosten und beeinträchtigen somit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.
- b. Unter der Verkehrswende wird ein grundlegender Umbruch in der Mobilität verstanden. Weg von konventionellen, umweltbelastenden Verkehrsmitteln, hin zu umweltfreundlichen und ressourcenschonenden. Dafür sind insbesondere der ÖPNV und der DB-Fernverkehr essenziell. Durch jahrelange Sparmaßnahmen bei der Deutschen Bahn, bei gleichzeitiger Subventionierung von PKWs, ist es zu einer Investitionslücke in Milliardenhöhe gekommen. Es bedarf unter anderem enormer Summen, um die kaputtgesparte Infrastruktur des Schienennetzes wieder auszubauen.
- c. In Bezug auf die digitale Infrastruktur besteht nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf. Viele ländliche Gebiete sind von schnellem Internet abgeschnitten, was insbesondere für Unternehmen in diesen Regionen ein großes Hindernis darstellt.
- d. Die veraltete Strominfrastruktur ist ein weiteres drängendes Problem. Engpässe bei der Netzanbindung von Wind- und Solarparks führen zu Energieverlusten und erhöhten Kosten für Verbraucher und Unternehmen. Die geplante Stromtrasse Nord-Süd ist ein dringend benötigtes Infrastrukturprojekt, um diese Probleme anzugehen.

Es ist daher dringend erforderlich, in die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur zu investieren, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.

2. Das vernachlässigte Bildungssystem.

- a. Es bedarf zusätzlicher Investitionen in Bildungseinrichtungen, um Raum, Material angemessen bereitzustellen.
- b. Es herrscht ein Mangel an Lehrern und pädagogischen Fachkräften, auch im Kindergarten. Zusätzlich ist die Umsetzung der Digitalisierung im Bildungssystem bisher unzureichend. In Thüringen fehlen aktuell 709 Lehrkräfte (www.lehrer-news.de). Gründe für den Mangel sind unter anderem der demografische Wandel und steigende Schülerzahlen. "Das deutsche Bildungssystem steckt in einer tiefen Krise, die uns alle betrifft", (Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung)
- c. Die Sprachausbildung für Migranten ist unzureichend. Ein finanzieller Anreiz für ehrenamtliche Sprachlehrer könnte insbesondere zu Beginn eine bedeutende Entlastung im Bildungssystem bringen und nötige Ressourcen freiräumen.

Gerade für diese Punkte sind langfristige Investitionen nötig, die sich erst in vielen Jahren auszahlen werden. Sie sind essenziell für unsere Zukunft! Dabei handelt es sich um investive Staatsausgaben. Wenn wir an dieser Stelle sparen, führt dies nicht zu zusätzlichem wirtschaftlichem Fortschritt, sondern vielmehr zu einer erheblichen Ausweitung der bereits vorhandenen sozial belasteten Bevölkerungsschicht.

In einer Phase, in der die Zinsen historisch niedrig sind, wäre es wirtschaftlich sinnvoll, in Infrastrukturprojekte, Bildung und soziale Programme zu investieren. Dies würde nicht nur kurzfristig Arbeitsplätze schaffen, sondern langfristig auch das Wirtschaftswachstum stärken und somit für mehr Steuereinnahmen sorgen.

Fazit: Die aktuellen Herausforderungen kann man mit der Schuldenbremse fiskalisch nicht bewältigen. Im Gegenteil: Das grundsätzliche Verbot staatlicher Kreditfinanzierung bei gleichzeitiger Verweigerung von Steuererhöhungen lässt den Handlungsdruck immer größer werden und verschärft damit die Krise. All das macht eine finanzpolitische Zeitenwende unausweichlich.

Selbst die Deutsche Bundesbank, die immer wieder als Gralshüterin einer strengen Schuldenbremse auftrat, betont mit ihrem Monatsbericht vom April 2022 erneut den Kurswechsel, und zwar mit ihrer Forderung, den „Neuverschuldungsspielraum insbesondere bei niedrigen Schuldenquoten moderat auszuweiten“.

Es ist an der Zeit, die Unsinnigkeit der Schuldenbremse anzuerkennen und alternative Ansätze zu diskutieren. Statt uns auf starre Haushaltsregeln zu verlassen, sollten wir eine dynamische und anpassungsfähige Wirtschaftspolitik verfolgen, die den aktuellen ökonomischen Gegebenheiten gerecht wird. Dies erfordert eine Abkehr von der Fixierung auf die Schuldenbremse und eine Rückbesinnung auf demokratische Prinzipien und ökonomische Vernunft.

Zwei Zitate, die mir beim Lesen von „Blätter für deutsche und internationale Politik“ www.blaetter.de hängen geblieben sind:

Nationalökonom und Soziologe Lorenz von Stein, der in seinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft bereits 1875 auf die intergenerative Wirkung der Staatsverschuldung hingewiesen hat:

„Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“

John Maynard Keynes und Erich Preiser:

Spart die Politik an den Ausgaben, sinkt die Staatsverschuldung nicht, sondern sie steigt sogar kontraintentional an, da es infolge der Produktionsreduktion zu Steuereinnahmeverlusten kommt. Also kann sich der Staat aus dieser konjunkturellen Krise nicht herausparen. Diese kontraproduktive Wirkung wird auch als das *Sparparadoxon* bezeichnet.

Die Informationen habe ich aus verschiedenen Pressemedien zusammengetragen. Besonders hervorheben möchte ich das bereits oben zitierte Magazin „Blätter“

Für eine unterhaltsame, aber hintergründige Abwicklung der Schuldenbremse empfehle ich:

<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-vom-12-maerz-2024-100.html>



Norbert Gaßner